



Forderungen der Erwerbslosengruppe der IG Metall Bielefeld zur Kommunalwahl

Am 30. August 2009 finden die Kommunalwahlen statt. Anlässlich dieses Termins wollen wir auf die Situation der Erwerbslosen und der auf Hartz IV angewiesenen Beschäftigten in Bielefeld aufmerksam machen. Wir halten soziale Verbesserungen für dringend geboten und wenden uns gleichermaßen an die Bürger und an die Parteien im Rat der Stadt Bielefeld.

Tausende Hartz IV-Berechtigte müssen sich in Bielefeld eine neue Wohnung suchen, weil sie angeblich „zu teuer“ wohnen, oder erhalten nur einen Teil der tatsächlichen Unterkunftskosten bezahlt. Dabei wird in Bielefeld von einer „angemessenen“ Kaltmiete von 4,64 Euro pro Quadratmeter ausgegangen. Mit 100 Euro soll der Umzug in Bielefeld finanziert werden können.

Wir fordern die sofortige Anhebung der angemessenen Kaltmiete auf den höchsten Mittelwert (Medianwert) des aktuellen Mietspiegels und die problemlose Übernahme der tatsächlichen Umzugskosten.

Die Landesregierung hat zum 1. Oktober die Zuschüsse für Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen gestrichen. Die sozialen Probleme in Bielefeld sind aber keinesfalls geringer geworden. Noch immer sind viele Bescheide von ArbeitPlus fehlerhaft.

Wir fordern dauerhafte kommunale Zuschüsse für eine unabhängige Sozialberatung in Bielefeld. Die Erwerbslosen sollen weiterhin ihre Bescheide bei einer unabhängigen Beratungsstelle überprüfen lassen können.

In den Hartz IV-Regelleistungen ist für einen alleinstehenden Erwachsenen ein Betrag von 11,23 Euro im Monat für Fahrten mit Bus und Bahn vorgesehen. Teilnehmer an bestimmten Praktikumsmaßnahmen erhalten nur eine geringe Kilometerpauschale von ArbeitPlus und müssen einen großen Teil der Fahrtkosten selber tragen.

Wir fordern, dass alle Teilnehmer an Praktikumsmaßnahmen wieder eine kostenlose Monatskarte bekommen. Wir fordern weiterhin ein Sozialticket für Bielefeld. Wir halten ein kostenloses Sozialticket für angemessen. Keinesfalls sollte es teurer sein, als der Betrag, der in den Hartz IV-Leistungen für Fahrten mit dem Öffentlichen Personennahverkehr vorgesehen ist.

Die einmalige Beihilfe für die Erstausrüstung einer Wohnung beträgt in Bielefeld für Alleinstehende 1031 Euro. Bei größeren „Bedarfsgemeinschaften“ beträgt sie 1150 Euro für den Haushaltsvorstand und 485 Euro für jede weitere Person. Das reicht nicht aus, um sich eine Wohnung einzurichten. Die einmalige Beihilfe für Elektrogeräte reicht nur für Kühlschränke und Waschmaschinen mit einem Stromverbrauch, der im Hartz IV-Satz nicht enthalten ist.

Wir fordern die Erhöhung der Einrichtungspauschale. Wir fordern weiterhin einen Sozialtarif der Stadtwerke für Strom.

Mit dem Bielefeld-Pass können Erwerbslose Vergünstigungen bei Schwimmbädern, Museen, der Volkshochschule, dem Theater und der Stadtbibliothek erhalten. Die Vergünstigungen wurden leider in der Vergangenheit gesenkt. Auch wenn der Kurs bei der Volkshochschule um 50 % ermäßigt ist, reicht das Geld nicht, um ihn zu besuchen.

Wir fordern bessere Vergünstigungen für den Bielefeld-Pass, damit eine Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben wirklich ermöglicht wird.

Von vielen neuen „Qualifizierungsmaßnahmen“ profitieren vielleicht die Anbieter, weniger jedoch die Erwerbslosen. Die Qualität der Maßnahmen lässt oft zu wünschen übrig und die Inhalte entsprechen häufig nicht den Bedürfnissen der Teilnehmer. Erwerbslosen, die an für sie sinnlose Maßnahmen nicht (mehr) teilnehmen wollen, werden die Leistungen gekürzt oder gestrichen.

Wir fordern bessere Qualitätskontrollen bei den „Qualifizierungsmaßnahmen“. Die Teilnahme muss freiwillig sein.

1-Euro-Jobs machen auch in Bielefeld tariflich bezahlten Arbeitsplätzen Konkurrenz. Das führt zur Kostenersparnis bei den Arbeitgebern, und ist, genau betrachtet, staatlich subventionierte Schwarzarbeit. Viele junge Menschen werden unfreiwillig in Arbeitsgelegenheiten „zugewiesen“.

Wir fordern: Keine 1-Euro-Jobs mehr in Bielefeld. Was Erwerbslose wirklich brauchen, ist richtige Arbeit zu tariflichen Löhnen und mit vollen Arbeitnehmerrechten. Vor allem junge Menschen brauchen eine echte berufliche Perspektive.

Viele Entscheidungsträger in der Politik und bei den Argen können sich nicht wirklich vorstellen, was ihre Beschlüsse für die Erwerbslosen bedeuten. Sie kennen Hartz IV nicht aus eigenem Erleben.

Wir fordern, dass zwei Erwerbslose als Interessenvertreter in den Beirat von ArbeitPlus entsendet werden.